



Bündnis 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Dortmund
Ruhrallee 44, 44139 Dortmund
Fon: 0231 - 12 11 71
Fax: 0231 - 12 11 64
www.gruene-dortmund.de/kreisverband/

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rathaus
Friedensplatz 1, 44122 Dortmund
Fon: 0231 - 5022078
Fax: 0231 - 5022094
www.gruene-do.de

An die
Medien

Dortmund

13.06.07

PRESSEMITTEILUNG

Mehr Qualität für Kinder statt KiBiz: GRÜNE unterstützen Proteste gegen das neue Kindergartengesetz

Mit dem neuen Kindergartengesetz (KiBiz) der Landesregierung drohen aus Sicht der Dortmunder GRÜNEN eisige Zeiten für Kinder, Eltern und Beschäftigte. Die GRÜNEN wollen deshalb auf ihrem Landesparteitag am Wochenende eine Qualitätsoffensive für die Kindertageseinrichtungen gegen die Pläne von CDU und FDP setzen.

Uli Langhorst, Sprecher des GRÜNEN Kreisverbandes: „Während die Landesregierung das neue Gesetz als modernstes Kindergartengesetz Europas preist, wird immer deutlicher, was es wirklich ist: Ein Gesetz gegen Kinder, Eltern und Beschäftigte, auch hier bei uns in Dortmund. Auf unserem Landesparteitag am Wochenende wird deshalb der Bereich der Kinder- und Familienpolitik einen breiten Raum einnehmen. Gegen den von CDU und FDP geplanten Abbau von Qualität und Standards in den Kindertageseinrichtungen werden wir als GRÜNE die Proteste gegen das Gesetz auf allen Ebenen unterstützen.“

Welche hohen Wellen der Protest schlägt, wurde am Dienstag auf einer Veranstaltung im Landtag deutlich, an der auch der kinder- und jugendpolitische Sprecher der GRÜNEN Ratsfraktion **Wolfram Frebel** teilgenommen hat. „Die Anhörung mit weit über 300 TeilnehmerInnen hat gezeigt: Nicht nur in Dortmund, sondern im ganzen Land laufen ErzieherInnen, Eltern und Verbände Sturm gegen das Gesetz. Und das vollkommen zu Recht: Denn durch das geplante neue Finanzierungssystem werden die bisherigen Standards massiv abgebaut. Das ist schlecht für die Kinder, ihre ErzieherInnen und viele Träger, insbesondere die Elterneinitiativen!“, so **Wolfram Frebel**.

Nach den vorliegenden Plänen soll der Ausbau von Krippenplätzen ohne zusätzliche Gelder realisiert werden. Damit diese Rechnung aufgeht, werden die bisherigen guten personellen und pädagogischen Standards der kleinen altersgemischten Gruppen abgeschafft. Zweijährige Kinder werden zukünftig in der Standardgruppe mitbetreut. Gerade für Kinder unter drei Jahren

wird weniger Betreuungspersonal zur Verfügung stehen als bisher. Die von der Landesregierung immer wieder angeführte angebliche Erhöhung der Gelder für die Kinderbetreuung erweist sich bei näherer Betrachtung als Fata Morgana. Denn in der Erhöhung sind die bisher gesondert veranschlagten Mittel für Sprachförderung und Familienzentren sowie insbesondere die Absenkung der kirchlichen Trägeranteile enthalten.

Wolfram Frebel: „Bei den Einrichtungen kommt kein zusätzlicher Cent an. Im Gegenteil: Auch die Kürzungen des vergangenen Jahres von 136 Millionen Euro werden nicht ansatzweise rückgängig gemacht. Das alles zeigt: Der Landesregierung geht es mit dem neuen Gesetz nicht um mehr Qualität. Ihr Ziel ist ein Finanzierungssystem, dass die Betreuung von möglichst vielen Kindern auf dem Rücken der ErzieherInnen gewährleistet. Mit wirklich kindgerechten Einrichtungen hat das nichts zu tun.“

Uli Langhorst: „Das neue Gesetz verstärkt die schon vorhandene soziale Spaltung der Gesellschaft in arm und reich weiter. Wir werden das auf unserem Landesparteitag sehr deutlich machen. Die Kita der Zukunft muss stattdessen aus unserer Sicht verbindliche Qualitätsstandards erhalten und ausbauen, Elternbeiträge perspektivisch abschaffen und ErzieherInnen bei ihrer schwierigen Aufgabe und Tätigkeit durch eine Qualifizierungsoffensive unterstützen.“